

# links im landtag

www.linksfraktionsachsen.de

www.twitter.com/LINKE\_LTSachsen

www.facebook.com/linksfraktionsachsen

www.flickr.com/photos/linksfraktion-sachsen

www.youtube.com/user/linksfraktionsachsen



## Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Viele von Ihnen fragen uns: Was haben wir von euch? Ihr seid ja zum Beispiel gegen Altersarmut.

Die gibt's doch aber immer noch!

Ja, die CDU-Parlamentsmehrheit lehnt unsere Vorstöße ab, aus Prinzip. Wir unternehmen sie trotzdem, in 2.000 Anträgen und 150 Gesetzentwürfen seit 1990. Handeln können wir indes nur, wenn Sie uns bei Wahlen stärken oder außerparlamentarisch mit uns Druck aufbauen. Den Mindestlohn gibt es nun, immerhin.

Gehen wir dabei nicht denen auf den Leim, die berechtigten Ärger in die falsche Richtung lenken – gegen Geflüchtete etwa, oder gegen Muslime. Das entlastet nur die wirklich Verantwortlichen: Die CDU führt Sachsen seit 26 Jahren. Vor der AfD hat sie übrigens keine Angst. Denn solange die im Landtag sitzt, gibt es keine Mehrheit gegen die CDU.

Unsere Gesellschaft hat eine »Leitkultur« gar nicht nötig. Das Grundgesetz hält Errungenschaften fest, um die wir freilich ständig kämpfen müssen: Grund- und Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, die Trennung des Staates von jeder Religion. Wer trotzdem gegen Zuwandernde hetzt, verschleiert Problemursachen: die Vermögens- und Produktionsverhältnisse!

Verbesserung bringen nur diejenigen, die ans Eingemachte wollen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung hält 66 Prozent des Geld- und Sachvermögens, zwei Drittel besitzen kein solches oder nur ein sehr geringes. Für uns ist klar, wo eine sozialere Politik ansetzen muss. Nur wir wollen das wagen. Das macht uns gefährlich, für die Herrschenden. Das macht uns zur wahren Alternative, die zu haben etwas bringt.

Ihr Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender



## Längeres gemeinsames Lernen ins Schulgesetz!

In drei Jahren erwartet der Freistaat ein Jubiläum: Unser Schulsystem wird 100 Jahre alt! Das klingt komisch, ist aber so: Das gegliederte Schulwesen, das Schülerinnen und Schüler nach der vierklassigen Grundschule aussortiert, besteht seit dem »Weimarer Schulkompromiss« 1919. Ist es noch zeitgemäß? Eher nicht. Ein Zehntel der jungen Menschen entlässt es ohne Abschluss.

### CDU: Die Schulstruktur von 1919 soll bleiben

Nun will die Regierung das Schulgesetz überarbeiten. Reformen plant sie aber nicht: Zwar veranstaltete Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) Bürgerforen, erhielt aus Schulen und von Verbänden mehr als 1.000 Stellungnahmen. Sie hat aber nur einen verschwindend kleinen Teil berücksichtigt, allenfalls verwaltungstechnische Details verändert – ein eindeutiger Fall von Scheindemokratie. Klare Regelungen zur Lernmittelfreiheit oder eine Reaktion auf steigende Elternanteile für den Schülertransport hält die Regierung für unnötig. Sie verliert auch kein Wort zum längeren gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen.

Wer auch nur fragt, ob junge Menschen länger gemeinsam lernen sollten, steht hierzulande unter Ideologieverdacht. »Ihr wollt die DDR-Einheitsschule!«, rufen die einen. Andere fürchten, Leistungsstarke könnten behindert oder nicht mehr gefördert werden. Doch lässt sich wirklich noch vor dem zehnten Lebensjahr feststellen, welchen Bildungsweg ein Kind bewältigen kann? Nichts spricht dafür, Kinder zu demütigen, indem die »Gewinner« aufs Gymnasium geschickt, die anderen als »nicht gut genug« abgestempelt, Freundschaften zerrissen werden. Neue Schulversuche zum längeren gemeinsamen Lernen sind unnötig – auch von den sächsischen Modellschulen, dem Chemnitzer Schulmodell und der Nachbarschaftsschule Leipzig, gibt es genug positive Erfahrungen. Bundesweit befürworteten Eltern mehrheitlich das längere gemeinsame Lernen, Baden-Württemberg, Berlin und Thüringen praktizieren es. Auch die Wirtschaft ruft danach: Dietmar Mothes, Präsident der Handwerkskammer Chemnitz, fordert das Gymnasium erst ab Klasse 8. Denn die Anforderungen an Auszubildende wachsen.

Gemeinschaftsschulen sind keine Einheitsschulen, sondern vielfältig. Leistungsstarke und Leistungsschwache beflügeln sich gegenseitig, alle Abschlüsse sind möglich. Wir wollen das gemeinsame Lernen ins Schulgesetz aufnehmen und auch weitere Punkte ändern: Klassen sollen maximal 25 Schülerinnen und Schüler umfassen dürfen, nicht mehr 28. Bedrohte Schulstandorte sollen leichter gerettet werden können, etwa durch mehr jahrgangsübergreifenden Unterricht. Die CDU-Regierungen haben mehr als die Hälfte aller Schulen geschlossen! Wir wollen auch die Eltern entlasten: Lernmittel sollen wirklich frei sein, grafikfähige Taschenrechner inklusive. Die Kosten kann der Freistaat den Schulträgern problemlos ersetzen, ebenso die für den Schülertransport. Dann wären Elternbeiträge unnötig, wie vor 1996.

### Das alles aber nützt wenig, wenn der Lehrermangel bleibt

Bis 2030 gehen 80 Prozent der Lehrkräfte in den Ruhestand, und das bei steigenden Schülerzahlen. Im ersten Halbjahr fielen 163.000 Stunden aus.

»Die CDU-Regierungen haben die Personallücken lange ignoriert«, kritisiert die LINKE Bildungspolitikerin Cornelia Falken. Nun werden Stunden fachfremd vertreten, die Stundentafel verkürzt, viele Quereinsteiger ohne pädagogischen Abschluss eingestellt. CDU und SPD müssen das Personalentwicklungskonzept vorlegen, das sie im Koalitionsvertrag schon für 2015 versprochen hatten! Auch muss der Lehrerberuf finanziell aufgewertet werden. Bisher können Absolventen hunderte Euro mehr verdienen, wenn sie zum Beispiel nicht in Leipzig unterrichten, sondern nach Halle pendeln.

Defizite im Schulsystem beeinträchtigen Lebensläufe. Laut Karl-Heinz Herfort, Vertreter der Handwerkskammer, bricht ein Viertel der sächsischen Auszubildenden ab, scheidet ein Drittel der Bachelor-Studierenden vor dem Abschluss, trennen sich 25 Prozent der Unternehmen in der Probezeit von Neueinsteigern. Sachsen darf nicht länger trödeln. Nötig ist der Systemwechsel zur Gemeinschaftsschule mit längerem gemeinsamen Lernen. Das Schulsystem-Jubiläum soll ausfallen!

Sag, wie hältst Du's mit den Flüchtlingen? Entlang dieser neuen »Gretchenfrage« durchzieht ein Riss die Gesellschaft. 2015 flohen 68.000 Menschen nach Sachsen, 40.000 blieben; nun herrscht trügerische Ruhe. Wer von Krieg, Armut oder Umweltzerstörung vertrieben wurde, findet Wege, auch in die am Elend mitschuldigen Industrienationen. Um neues Unterbringungs-Chaos zu verhindern, haben wir ein Flüchtlingsaufnahmegesetz entworfen. Die eigentliche Aufgabe aber lautet: die Gesellschaft zusammenhalten! Viele fremdeln mit denen, die fliehen mussten, andere empfangen sie mit geifernder Feindschaft. Ängste, Sorgen, Hass haben viele Ursachen. Menschenfeindlichkeit ist eine – sie gibt es aber in der gesamten Gesellschaft. Weshalb also ist die Stimmung im Osten so brenzlich, wo wenige Menschen ausländischer Herkunft oder muslimischen Glaubens leben? Eine Erklärung liefern die Enttäuschungserfahrungen vieler Menschen. Erst kam die über den gescheiterten »Arbeiter- und Bauernstaat«. Dann flossen Hoffnungen in Marktwirtschaft und neue Eliten, die enttäuscht wurden: Industrie-Verlust, Arbeitslosigkeit, Abwanderung zerschlugen sie. CDU und SPD betrieben Raubbau an Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

## »Wir für uns alle« statt »Wir gegen die«

Indes wurde den »Wessis« allenfalls der grüne Pfeil an der Ampel zugemutet, die »Ossis« aber hatten sich anzupassen. Nun sehen viele die Zuwanderung als neue »Wende«, die für sie schlecht ausgehen könnte.

### Kapitalismus vertreibt auch Einheimische

Wir verurteilen niemanden dafür, verunsichert zu sein. Angst rechtfertigt aber keinen Hass. Der Kapitalismus vertreibt schließlich auch Einheimische – aus sozialer Sicherheit. Er schafft Parallelgesellschaften: Oben und Unten. Gleichzeitig lässt der CDU-Kürzungskurs den Staat versagen, bei öffentlicher Sicherheit, Schulen, Ärztersorgung. In diesen Zeiten sozialer Kälte bietet die CDU-Führung einen schädlichen Wärme-Ersatz an: den Patriotismus, also den Stolz auf den Zufall, hier geboren worden zu sein. Sie erklärt »die Sachsen« zur Schicksalsgemeinschaft und konstruiert

so ein falsches »Wir«, das »die anderen« ausschließt. Weiter rechts stehende Kräfte richten dieses »Wir« dann gegen »die anderen« und behaupten, Einheimische müssten wegen der Geflüchteten zwangsläufig einbüßen. Sie beschwören den Kulturkampf gegen »den Islam« und unterstellen allen Musliminnen und Muslimen, sie seien Fundamentalisten. Dabei sind viele vor islamistischen Regimes geflohen, und Radikale, die Schriften wie den Koran (oder auch die Bibel) wörtlich auslegen, bilden in jeder Weltreligion die Minderheit. Es ist ein altes Spiel: »das Fremde« zum Feindbild ausrufen und so den Frust von denen ablenken, die Verantwortung tragen. Die Herrschenden würden Armut und Abstiegsbedrohung aber auch nicht bekämpfen, wenn es »nur« einheimische Arme und Abstiegsbedrohte gäbe.



### Nach 26 Jahren CDU: Krise der sozialen Gerechtigkeit, keine »Flüchtlingskrise«

Wir setzen dem ausgrenzenden »Wir« ein verbindendes »Wir« entgegen: Verunsicherte, Abstiegsbedrohte, Abgestiegene sollten gemeinsam mit uns dafür streiten, dass Einkommen und Vermögen gerecht erworben und besteuert werden. Schon damit der Staat handlungsfähig bleibt, müssen starke Schultern mehr tragen. Wir wollen Jahreseinkommen über 72.000 Euro und Privatvermögen über einer Million Euro stärker heranziehen. Vor dieser Gerechtigkeitsfrage kuscheln alle anderen Parteien. Außer

uns! Wenn es dann mehr Lehrkräfte, Polizei und bezahlbaren Wohnraum gibt, nützt das allen. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor könnte einheimische Langzeiterwerbslose ebenso unterstützen wie junge Syrer und Sachsen ohne Schulabschluss. Zuwanderung hilft auch, Schulen, Arztpraxen, Läden oder die Feuerwehr zu erhalten. »Wir für uns alle« statt »Wir gegen die«: Streiten wir für soziale Zustände, mit dem Plauer Alleinerziehenden, der Rieser Facharbeiterin, dem syrischen Pizzabäcker, dem Dresdner Jungwissenschaftler! Die Gretchenfrage lautet: Wie hältst Du's mit der Solidarität?

# Soziale Politik für alle ist möglich!

Der Staatshaushalt ist nicht alles, aber ohne ihn ist alles nichts. Bis zum Herbst wird über den Doppel-Etat für 2017 und 2018 verhandelt. Dann wird es ernst: CDU und SPD müssen zeigen, ob sie die Folgen ihrer Politik wirklich reparieren wollen. Die Handlungsfähigkeit des Freistaates ist nach langem Stellenabbau bedroht, im Schulbereich, an den Hochschulen, bei der öffentlichen Sicherheit, in Justiz und Strafvollzug. Die Regierung hat den Rahmen für den Haushalt bereits in einem Eckwerte-Beschluss abgesteckt – zwischen den Zeilen prangt in großen Lettern: Weiter so! Bisher setzt sich Kürzungsminister Georg Unland (CDU) durch, dessen Prinzip lautet: »Nein sagen, bis es schmerzt« (*Sächsische Zeitung*). Er bunkert Geld, obwohl das Haushaltsvolumen mit etwa 18 Milliarden Euro pro Jahr auf Rekordniveau liegt. Selbst den Empfehlungen einer Regierungskommission, die den Personalbedarf in allen Ressorts ermitteln soll, wollen CDU und SPD bei der Stellenplanung nicht zwingend folgen. »Das gefährliche Spiel mit der staatlichen Handlungsfähigkeit und dem Vertrauen der Bevölkerung geht weiter – als ob sich die gesellschaftliche Situation nicht geändert hätte«, fürchtet der **Finanzexperte der LINKEN, Sebastian Scheel**. Die Linksfraktion wird erneut einen eigenen Haushaltsentwurf vorlegen. Dabei kommen wir mit dem Geld aus, das auch die Regierung verplant. Wir werden aber neben den Grundsätzen der Sparsamkeit und des wirtschaftlichen Gleichgewichts auch das Prinzip

des sozialen Ausgleichs umsetzen! Wir konnten erreichen, dass es in die Verfassung kommt, und werden die Regierung drängen, es zu achten.

Unsere Eckwerte (mehr: [www.gleft.de/1eR](http://www.gleft.de/1eR)) zielen darauf, die althergebrachten sozialen und regionalen Krisen zu überwinden. Diese lassen

sich nicht abschieben, sie werden durch die Geflüchteten auch nicht verursacht, aber deutlicher sichtbar. Klare Zielsetzungen sind uns

wichtig, denn Sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, wofür Politik betrieben wird. Einige Beispiele: Barrierefreie Gesellschaft – alle haben das Recht auf ungehinderten Zugang zum gesellschaftlichen Leben. Ein demokratischer Staat, auf den man sich verlassen kann – Schluss mit dem Kaputtsparen des öffentlichen Dienstes, wieder Vertrauen in das Gemeinwesen schaffen! Generationengerechtigkeit – gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen sichern. Alle öffentlichen Leistungen, die das menschliche Dasein erfordert, müssen für alle zugänglich bleiben!

Den Etat-Entwurf der Regierung werden wir mit sachdienlichen Änderungsvorschlägen konfrontieren. Geld für soziale Politik ist vorhanden (Grafik). Wir wollen es nutzen, um das Leben aller Menschen in Sachsen zu verbessern. Wir vergessen niemanden, wollen niemanden zurücklassen, anders als diese Regierung. Die LINKE als politische Sozialversicherung im Landtag ist wichtig – nicht nur in Haushaltsverhandlungen!

## Fakten zum Thema Staatsschulden

Jeder Staat muss vernünftig wirtschaften – was sonst? Sparen darf aber nicht das alleinige Ziel sein. Das öffentliche Gemeinwesen muss vor allem seine Aufgaben erfüllen können – bei der Bildung, beim sozialen Ausgleich, bei der Sicherheit. Anstatt Geld zu bunkern, wie es der stets schwarzmalende Finanzminister Georg Unland (CDU) durchsetzt, wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu investieren.

Der Freistaat hat seit 2005 insgesamt 3,5 Milliarden Euro mehr eingenommen als geplant, die von der CDU vor allem in Rücklagen gesteckt wurden – das kommt uns nun teuer zu stehen, denn es fehlt Personal an Schulen, Hochschulen, bei der Polizei, es fehlt Geld für die Kommunen, die Infrastruktur, den Nahverkehr ...

Ein realistischer Blick auf die Finanzlage zeigt: Geld für soziale Politik ist

da! Die Dramatisierungen der CDU haben keine Grundlage. Sie verweist zum Beispiel gern auf die angeblich drückende Schuldenlast – der Freistaat sei 2014 mit 11,37 Milliarden Euro verschuldet gewesen. Tatsächlich waren es aber »nur« 3,167 Milliarden Euro echte Schulden, wie die Grafik zeigt. Sachsen weist die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer auf. Also: Spielräume nutzen!

**3,723 Mrd. €**

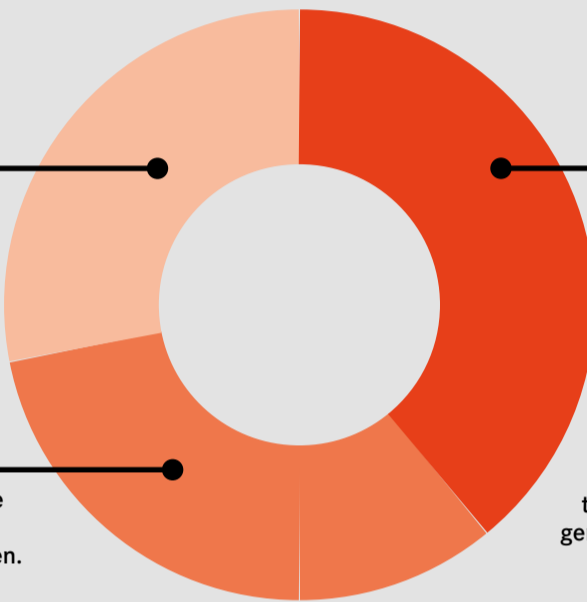
Öffentliche Schulden, bei denen sich Sachsen bei sich selbst Geld borgt – vor allem aus Rücklagen.

**3,167 Mrd. €**

Sachsens tatsächliche Schulden am Kreditmarkt, etwa bei Banken.

**4,467 Mrd. €**

Für diese Summe hat das Parlament der Regierung schon vor Jahren erlaubt, Kredite aufzunehmen – trotz Schuldenbremse. Diese Ermächtigungen sollten genutzt werden!



## Ein Bedrohungsgefühl wächst

Fühlen Sie sich in Sachsen sicher? Studien und Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern deuten seit Jahren auf ein zunehmendes Bedrohungsgefühl hin. Panikmache überlassen wir anderen – klar ist aber: Die CDU hat Polizei und Justiz per Stellenabbau nahezu handlungsunfähig gemacht. Das führt zu Sicherheitslücken vor allem auf dem Land, überlasteten Beamten, nachlassendem Kontroll- und Fahndungsdruck. Mehrfach wurde das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt, weil Demos nicht abgesichert werden konnten. In Clausnitz mussten die Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols sogar vor einem Mob kapitulieren. Sachsens Polizistinnen und Polizisten stecken in einer hausgemachten Krise (Kasten).

### »Bürgerwehren« und Wachpolizei sind keine Lösungen

»Bürgerwehren« können diese Fehlstellen nicht ausgleichen – sie täuschen Sicherheit vor und agieren ohne Rechtsgrundlage. Ihre Mitglieder machen sich tendenziell strafbar und sind oft auch – gelinde gesagt – zwielichtig: In Freital entwickelte sich, für Internetnutzer sichtbar und doch vom »Verfassungsschutz« unentdeckt, aus einer Bürgerwehr eine Zelle mutmaßlicher Rechtsterroristen. Auch die »Wachpolizei«, die der Innenminister feiert, ist keine Lösung. In ihr sollen gering entlohnte

und für zwei Jahre befristet Angestellte nach nur zwölf Wochen Schmal-spurausbildung hoheitliche Aufgaben übernehmen. Eine vollwertige Polizeiausbildung dauert drei Jahre. Dennoch werden die Wachpolizisten mit Schusswaffen ausgestattet. Sie sollen vor allem Asylunterkünfte bewachen. Führt man sich die Auseinandersetzungen etwa in Freital oder Heidenau vor Augen, keimen Zweifel, ob sie mit solchen Situationen zurecht kommen können. Sachsen braucht eine demokratisch kontrollierte Polizei, die rechtskonform und besonnen handelt – und die ausreichend präsent ist, in Zeiten heißer Debatten auch gegen jede Gewalt auf der Straße, wie sie auch immer scheinbar gerechtfertigt werden mag.

Die Regierung berief im März 2015 eine Kommission, die prüfen sollte, wie viel Personal Sachsens Polizei braucht. Ihr Bericht kam zum Ergebnis, dass der Stellenabbau enden und der Personalbestand um 1.000 Stellen auf etwa 14.000 erhöht werden müsse. Dieses Votum hat keine wissenschaftliche Grundlage – vielmehr versuchten die Experten, unter denen zwar Finanzpolitiker waren, aber kein Polizeiwissenschaftler, eine politisch gesetzte Zahl zu legitimieren. »Zukünftige Bedrohungsszenarien durch Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyber-Crime wurden nur notdürftig betrachtet«, befindet **Enrico Stange, Innenpolitiker der Linksfraktion**.

Die Kommission habe finanzschwache West-Länder willkürlich als Maßstab genommen, ohne zu klären, ob dort überhaupt genug Polizeibeamte vorhanden sind.

### Auf Sachsens Straßen muss schnell wieder mehr Polizei präsent sein!

Ausgehend von einer wirklich ergebnisoffenen Analyse aller Aufgaben muss es schnell 3.000 Neueinstellungen geben, wie es auch die Gewerkschaft der Polizei fordert. Dazu müssen 2016 und 2017 jeweils 800, danach jährlich 700 Anwärterinnen und Anwärter angenommen werden. In den Haushaltsverhandlungen werden wir dafür kämpfen – die Staatsregierung plant mit nur 500. So wird sie selbst ihr eigenes Ziel – 14.000 statt der von uns geforderten 16.000 – erst in vielen Jahren erreichen, wenn man die Altersabgänge berücksichtigt. Helfen könnten auch Sofortmaßnahmen, die von der CDU aber abgelehnt werden: Pensionierte Beamte könnten zurückgelockt werden, nicht auf die Straße, aber an die Schreibtische, um jüngere Kollegen zu entlasten. Auch könnten Bewerber eingestellt werden, die zwar die Voraussetzungen



erfüllen, aber bisher nicht zum Zuge kamen. Zudem könnte die Praktikumszeit in der Ausbildung verkürzt werden, um mehr Beamte in die Reviere und die Bereitschaftspolizei zu bringen. Die Personalprobleme hören bei der Strafverfolgung nicht auf – sie bestehen auch im Strafvollzug. In den Justizvollzugsanstalten tanzt man oft auf Rasierklingen: Die Einrichtung in Chemnitz mit ihren knapp 300 Gefangenen ist an Wochenenden nur mit vier bis fünf Bediensteten besetzt. Auch in den Justizvollzugsanstalten, Staatsanwaltschaften und an den Strafgerichten braucht der Freistaat mehr Personal. In Sachsen sollen alle sicher leben können, gefühlt und tatsächlich!



## Sachsens Polizei in Not

**6.200 der 12.900 Polizei-Bediensteten** (Stand Januar 2016) gehen bis 2030 in den Ruhestand. Das sind 48 Prozent.

**Frühestens 2030** wird es mehr Polizistinnen und Polizisten in Sachsen geben, wenn die CDU-geführte Regierung ihre Personalpläne umsetzen sollte. Sie will jährlich nur 500 Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen. Das reicht zunächst höchstens aus, um die Altersabgänge auszugleichen.

**99.700 Überstunden** hatten sich bis zum März 2016 angesammelt. Allein seit dem Jahresbeginn ist der Berg um fast ein Fünftel gewachsen.

Durchschnittlich **8,4 Prozent der Beamten** waren 2015 über das gesamte Jahr hinweg erkrankt – weit mehr als in anderen Berufszweigen.

**3.147 Urlaubstage** büßten Polizistinnen und Polizisten 2015 ein, weil es die Personallage nicht erlaubte, sie fristgerecht zu nutzen. Allein im 1. Quartal 2016 verfielen zudem 3.500 Überstunden entschädigungslos.

**74.251 Fälle** galten Ende 2015 als nicht abgeschlossen – fast 30 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im April waren es immer noch 70.039.

Von **34.289 auf 10.048** und damit um **70,7 Prozent** sank die Zahl der Tempo-Kontrollen zwischen 2000 und 2015. Auch wenn sich einige darüber freuen dürften: Die Personalnot macht auch den Straßenverkehr unsicherer.

Quelle: Antworten des sächsischen Innenministeriums auf Kleine Anfragen von Enrico Stange, MdL



»links im landtag« sprach mit Susanne Schaper, Sozial- und Gesundheitsexpertin der Linksfraction.

### Frau Schaper, kürzlich hieß es in verschiedenen Medien: Wer arm ist, stirbt früher. Solche Botschaften geben Ihnen Auftrieb, oder?

Darum geht es nicht, für solche Kalküle ist die Realität zu grausam. Frauen, die weniger als 13.000 Euro netto im Jahr verdienen, leben im Durchschnitt 8,4 Jahre kürzer als Frauen, die mehr als 30.000 Euro verdienen. Bei Männern liegt der Unterschied gar bei 10,8 Jahren. Sachsen liegt bei der Lebenserwartung im unteren Mittelfeld. Diese Daten kommen vom Robert-Koch-Institut und vom Statistischen Bundesamt. Schuld sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen: Je niedriger der soziale Status eines Menschen ist, desto wahrscheinlicher erkrankt er oder sie an Diabetes oder Krebs, erleidet einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall. Von einer guten Sozial- und Gesundheitspolitik hängen also Leben ab.

### Beides ist Sache des Bundes. Was wollen Sie eigentlich im Landtag?

Ich bin nicht ins Parlament gegangen, weil mir mein Job als Krankenschwester langweilig geworden wäre, im Gegenteil. In der Politik ist es gut, wenn man seine Themen im »richtigen Leben« kennengelernt hat. Den von Ihnen beschriebenen Widerspruch gibt es nicht. Auf Landesebene kämpfen wir zum Beispiel gegen den Ärztemangel: Zahlen der AOK zufolge sind 26 Prozent der sächsischen Hausärzte älter als 60 Jahre. Auf Bundesebene kann die Landesregierung im Bundesrat für soziale Lösungen streiten. Deshalb machen wir Druck auf Tillichs Kabinett.

### Wofür?

Wir wollen zum Beispiel Gerechtigkeit bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Viele Versicherte in Sachsen ärgern sich in diesem Jahr über steigende Beitragssätze. Schätzungen zufolge wird der durchschnittliche Gesamtbeitrag bei 15,7 Prozent liegen,

# »Von guter Sozialpolitik hängen Leben ab«

nur 14,6 Prozent werden gleichermaßen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Das ist ungerecht! Eine andere Initiative zielt darauf, den Mehrwertsteuersatz für verschreibungspflichtige Medikamente auf sieben Prozent abzusenken. Für lebensnotwendige Arzneimittel muss Gleiches gelten wie für Grundnahrungsmittel. Seit Jahren fordern wir auch die Renteneinheit – für die gleiche Lebensleistung muss es in Ost und West endlich dieselbe Rente geben. Viele Ruheständler kommen schon heute nicht mit ihrem Geld aus. Auch deshalb wehren wir uns gegen Pläne, Renten zu kürzen, indem das Eintrittsalter immer weiter erhöht wird.

### Wenn es mehr Rentnerinnen und Rentner gibt, die noch dazu älter werden, aber weniger Menschen einzahlen, ist das ein logischer Schritt.

Die Zusammenhänge sind komplexer. Man muss mindestens auch berücksichtigen, dass heute weniger Menschen in kürzerer Zeit größere Werte erarbeiten können als früher. Trotzdem schlägt Bundesfinanzminister Schäuble schon die Rente mit 70 vor. Wo soll das enden – wenn Bestattungsunternehmen ihre Särge direkt in die Betriebe liefern? Viele erreichen im Job längst nicht das Renteneintrittsalter. Menschen werden zwar immer älter, aber nicht unbedingt gesünder.

### Ihre Lösung?

Die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung lassen sich lösen, wenn alle einzahlen, die Einkünfte erzielen – also auch Rechtsanwälte, Selbstständige, Abgeordnete oder Beamte. Und zwar für ihr gesamtes Einkommen, ohne Beitragsbemessungsgrenze! Bisher werden Beiträge nur auf der Grundlage eines Monats-Bruttoeinkommens

von maximal 6.200 Euro in Westdeutschland und 5.400 Euro in Ostdeutschland berechnet, auch wenn jemand mehr verdient.

### Es gibt aber nicht nur die gesetzliche Rente.

Auf die private Absicherung über die Finanzmärkte kann sich niemand verlassen. Geringverdienere können sich das sowieso nicht leisten. Sie sind aber am meisten von Altersarmut bedroht. Wenn sie pflegebedürftig werden, reicht das Geld oft nicht für die Pflege, Nachkommen müssen einspringen. Hinzu kommt der Pflegenotstand ...

### ... die Staatsregierung sagt: Die Situation in der Altenpflege ist »ausgewogen«.

Stimmt nicht, der Fachkräftemangel ist offensichtlich. In Sachsen werden immer mehr Menschen pflegebedürftig, nur ein Teil bekommt eine Pflegestufe. Allein das sind schon etwa 150.000. Dabei sind mehr als die Hälfte der 58.000 stets in Schichten arbeitenden Pflegekräfte keine ausgebildeten Fachkräfte. Man muss sich nicht wundern: Eine sächsische

Altenpflegerin verdient laut Bundesagentur für Arbeit 900 Euro weniger als eine Kollegin in Bayern. Eine kranke Gesellschaft erkennt man daran, dass sie eine Stunde Autoreparatur viermal so hoch vergütet wie eine Stunde Kranken- oder Altenpflege. Wir müssen diese Berufe aufwerten! Nötig sind vor allem mehr Vollzeitstellen und höhere Einkommen.

### Mehr Stellen, mehr Ausgaben – das fordert sich leicht.

Wir sagen, wie wir das finanzieren wollen – mit einer solidarischen Bürgerversicherung für Rente, Gesundheit und Pflege. In sie sollen alle entsprechend ihrer Einkünfte aus Erwerbsarbeit, Kapitalanlagen oder anderen Quellen einzahlen. Dann können die Beiträge sinken. Wir bräuchten nicht mehr so viele Kassen mit hohen Verwaltungskosten. Das wäre auch das Ende der Zweiklassenmedizin. Die privaten Versicherer picken sich doch bisher die Rosinen heraus: Gutverdienere mit geringerem Krankheitsrisiko. Besser wäre es, wie in Norwegen ein einheitliches System zu schaffen, das alle umfangreich versorgt.



© iStockphoto.com / KatarzynaBialasiewicz

# Sie haben nichts zu sagen!

## Viele Grüße, Ihre neue Staatspartei

»Wir werden prüfen, ob wir mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie schaffen können«. Das haben CDU und SPD Ihnen im Koalitionsvertrag versprochen. Wer zwischen den Zeilen lesen kann, übersetzt: Wir konnten uns nicht einigen und haben einen Prüfauftrag vereinbart, damit es aussieht, als wollten wir Bewegung in die Sache bringen. So herrscht bei der direkten Demokratie weiter Stillstand.

Die CDU-geführten Regierungen haben die Volksgesetzgebung, die laut Verfassung dem Landtag gleichrangig sein soll, ins künstliche Koma versetzt. Im letzten Vierteljahrhundert gab es in Sachsen nur einen einzigen Volksentscheid. Alle anderen Versuche scheiterten an den Anforderungen, die von der Landtagsmehrheit diktiert werden: Erst 450.000 Unterstützungsunterschriften führen ein Volksbegehren zum Erfolg.

1993, 1999, 2004, 2010 und 2015 haben wir per Gesetzentwurf gefordert, Volksanträge, Volksbegehren und Volksentscheide zu erleichtern. Künftig sollen nur noch 175.000 Unterschriften nötig sein, damit es zum Volksentscheid kommt. Der Landtag soll ein von ihm verabschiedetes Gesetz einem Volksentscheid unterziehen dürfen, der darüber entscheidet, ob es in Kraft tritt.

Wir sagen ehrlich: Auch direkte Demokratie hat Grenzen, wenn Grund- und Menschenrechte verletzt werden könnten. Volksentscheide über das Asylrecht, die Pressefreiheit oder die Religionsfreiheit sind aus gutem Grund unmöglich. Bei allen anderen Themen, etwa beim längeren gemeinsamen Lernen, wären sie aber sehr wünschenswert!

Die regierende CDU verhindert all das seit Jahren. Sie verfolgt einen politischen Alleinvertretungsanspruch. Alle Vorschläge der Opposition lehnt sie aus Prinzip ab. Auch eine aktive Bürgergesellschaft sieht sie als Störfaktor: Höchstens mitreden sollen Sie, nicht aber mitentscheiden – wie beim Schulgesetz. In dieser Beziehung hat die neue Staatspartei CDU leider viel von der SED gelernt.

So gibt es immer mehr Menschen in Sachsen, die mit den demokratischen Spielregeln nichts mehr anfangen wollen oder können. Auch deshalb ist klar: Prüfen ist unnötig – Sie sollen mehr zu sagen haben!



# TTIP, CETA und Co.



## Staatsstreich in Zeitlupe

Was haben wir in Sachsen eigentlich davon, wenn die EU mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) Freihandelsabkommen abschließt?

Glaubt man CDU und SPD, warten goldene Zeiten: Handelshemmnisse fallen, Arbeitsplätze entstehen, Investitionen schaffen Wohlstand.

Wäre TTIP tatsächlich ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor, gäbe es keinen Grund für Geheimniskrämerei. Die EU-Kommission verhandelt aber hinter verschlossenen Türen, ohne Beteiligung der Parlamente. Symbolhaft erscheint das hämische Gesicht eines Industrievertreeters, der diese Kritik in der ZDF-heute show feixend mit der Frage konterte: »Was ist in diesem Leben schon demokratisch?« Dabei werden die Verträge das Leben von hunderten Millionen Menschen beeinflussen. Es wäre das Mindeste, dass gewählte Abgeordnete sie öffentlich debattieren und beeinflussen könnten. Stattdessen sollen sie am Ende einen unveränderlichen Text abnicken.

Nicht erst seitdem Greenpeace die Hälfte der geheimen TTIP-Dokumente ans Licht brachte, wissen wir: Protest ist nötig. Denn die Heilsversprechen der Abkommen sind trügerisch. Sachsens Wirtschaft zum Beispiel kann gar nicht profitieren, weil ihre vielen kleinen und mittelständischen Betriebe überwiegend zu finanzschwach sind, um auf ausländischen Märkten zu investieren. Studien sagen Wachstumsimpulse allein für kapitalstarke Großunternehmen voraus, während dem Mittelstand Arbeitsplatzverluste drohen.

Unheil droht auch europäischen Standards bei Verbraucher- und Umweltschutz, Sozial- und Arbeitsrecht sowie beim Datenschutz. So

könnte grüne Gentechnik in vielen EU-Staaten wieder erlaubt werden. Generell könnte das amerikanische Nachsorgeprinzip an die Stelle des europäischen Vorsorgeprinzips treten. Bisher werden Produkte erst zugelassen, wenn ihre Unschädlichkeit bewiesen ist. Künftig könnte gelten: Ein Produkt bleibt zugelassen, bis seine Schädlichkeit bewiesen ist.

Hinzu kommen die privaten Schiedsgerichte, vor denen Investoren auch gegen den Freistaat Sachsen auf Schadensersatz klagen könnten, wenn staatliches Handeln ihre Gewinne schmälert. Mögliche Gründe reichen von Umweltschutz-Auflagen in Ausschreibungen bis zu den Subventionen für hiesige Kulturbetriebe. Auch das CETA-Abkommen mit Kanada, das bald vorläufig in Kraft tritt, enthält solche Mechanismen. Auch deshalb muss die sächsische Staatsregierung es im Bundesrat ablehnen!

TTIP ist ein Investoren- und Profitschutzabkommen. Es soll Unternehmen vor Sozial- und Umweltstandards wie vor demokratischen Entscheidungen bewahren. Die US-Anwältin Lori Wallach bringt es auf den Punkt: Bei den Verhandlungen unterwürfen sich alle Teilnehmerstaaten den Interessen internationaler Großkonzerne. Das sei ein »Staatsstreich in Zeitlupe. Freier Handel ist sinnvoll – diese Form aber bringt auch Sachsen zu viele Nachteile!

# Mehr Sicherheit für Sachsens Beschäftigte!

Immer mehr schlechte Nachrichten aus Sachsens Wirtschaft: VW, Globalfoundries, Siemens, LiTec, Bombardier – Massenentlassungen bedrohen ganze Regionen und vor allem die Beschäftigten. Alles, was Unternehmen erwirtschaften, haben werktätige Menschen geschaffen – an Fließband oder Laptop, in der Maschinenhalle oder am Schreibtisch! Ihnen vor allem schuldet der Freistaat eine Wirtschaftspolitik, die sichere Arbeit schafft. Die Staatsregierung verlässt sich auf die Digitalisierung und den Export. Das reicht in der jetzigen Form jedoch nicht aus. Sachsen ist keineswegs Vorreiter beim Ziel, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur zu schaffen. Und die Ausfuhr des Freistaates beruhen etwa zur Hälfte auf Automobilbau, Mikroelektronik und Schienenfahrzeugbau. In diesen Bereichen sind die wenigen Großunternehmen des Landes tätig, und alle sind derzeit in schwerem Fahrwasser. In der Summe gilt: Sachsens Wirtschaft ist kleinteilig. Kleine und mittelständische Unternehmen bilden ihr Rückgrat, und die wenigen exportstarken Großunternehmen sind oft verlängerte

Werkbänke von Konzernen, die vor Ort weder forschen noch neue Produkte entwickeln können. Das ist gefährlich, weil ganze Regionen so vom Wohl einzelner Unternehmen abhängig werden. Die Vielfalt des Mittelstandes birgt aber auch Chancen, sofern innovative Unternehmen wachsen können. »Fördermittel sollten nicht hauptsächlich an Unternehmen gehen, die groß genug sind«, findet **Nico Brünler, Wirtschafts-experte der LINKE**. Der Schienenfahrzeughersteller Bombardier erhielt seit 2007 insgesamt 8,5 Millionen Euro vom Freistaat – trotzdem sollen nun viele Arbeitsplätze wegfallen. »Stattdessen müssen Innovationen in der Breite gefördert, der Austausch mit der forschenden Hochschullandschaft verstärkt und bessere Bedingungen für Investoren geschaffen werden. Betriebe sollen wachsen können, auch durch Fonds, die von den Unternehmen im Erfolgsfall wieder selbst gefüllt werden. Sachsen braucht mehr Vielfalt statt Monostrukturen. Leuchttürme helfen wenig, wenn ringsum Finsternis herrscht! Gute Löhne sind ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsförderung, weil

vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren, wenn die Binnenkaufkraft wächst. Wir streiten weiter für einen existenzsichernden Mindestlohn, der auch im Alter vor Armut schützt. Dafür reichen 8,50 Euro nicht – laut Bundesregierung führen erst 11,50 Euro zu einer Rente oberhalb der Grundsicherung. In Sachsen sind überdurchschnittlich viele Beschäftigte auf den Mindestlohn angewiesen – einer Studie der Industrie- und Handelskammern sowie des ifo-Instituts zufolge entlohnte vorher mehr als die Hälfte der Unternehmen zumindest teilweise unterhalb des Existenzminimums. Die sächsischen Löhne liegen in vielen Branchen um bis zu 30 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, wie die Bundesagentur für Arbeit in ihrem aktuellen Entgeltatlas zeigt. Auch deshalb wollen wir Leiharbeit begrenzen – Unternehmen sollen nur dann Fördermittel vom Land erhalten, wenn sie Stammbeschaftung und Leiharbeiter für gleiche Arbeit gleich entlohnen. Gute Arbeit und schlaue Wirtschaftsförderung – das kann wieder für bessere Nachrichten sorgen!



## Braunkohle verkauft – das Ende der Tagebaue?

Vattenfall hat seine Lausitzer Braunkohlesparte an den tschechischen Kohlekonzern EPH verkauft. Pardon, verramscht: Anstatt für Tagebaue und Kraftwerke einen Kaufpreis zu erzielen, mussten die Schweden draufzahlen, um ihre schmutzige Altlast loszuwerden. Über die Details ist kaum etwas bekannt, über die Absichten des neuen Eigentümers noch weniger. Ist nun Schluss mit dem Abbau, der bis zur Jahrhundertmitte weitere Umsiedlungen, Dorfzerstörungen, Natur-, Klima- und Kulturschäden verursachen könnte? Wahrscheinlich nicht. Denn es ist möglich, dass noch über Jahre viel Lausitzer Kohle exportiert wird, um tschechische Kraftwerke zu füttern. Die Beschäftigten in den Revieren und die Bevölkerung wollen wissen, wie es weitergeht – in der Lausitz wie südlich von Leipzig, wo EPH als Mibrag-Eigentümer ebenfalls Kohle abbaut. Die Regierung muss den Verkauf schnell prüfen und EPH konsequenter in die Pflicht nehmen als Vattenfall: für die Arbeitsplatzsicherung, den Umweltschutz, die Beseitigung der Folgeschäden. Sie muss Sicherheitsleistungen fordern! Sonst werden wieder die Gewinne privatisiert, die Folgekosten aber auf die Allgemeinheit abgewälzt. Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, einzugreifen, wenn dieser Fall droht.

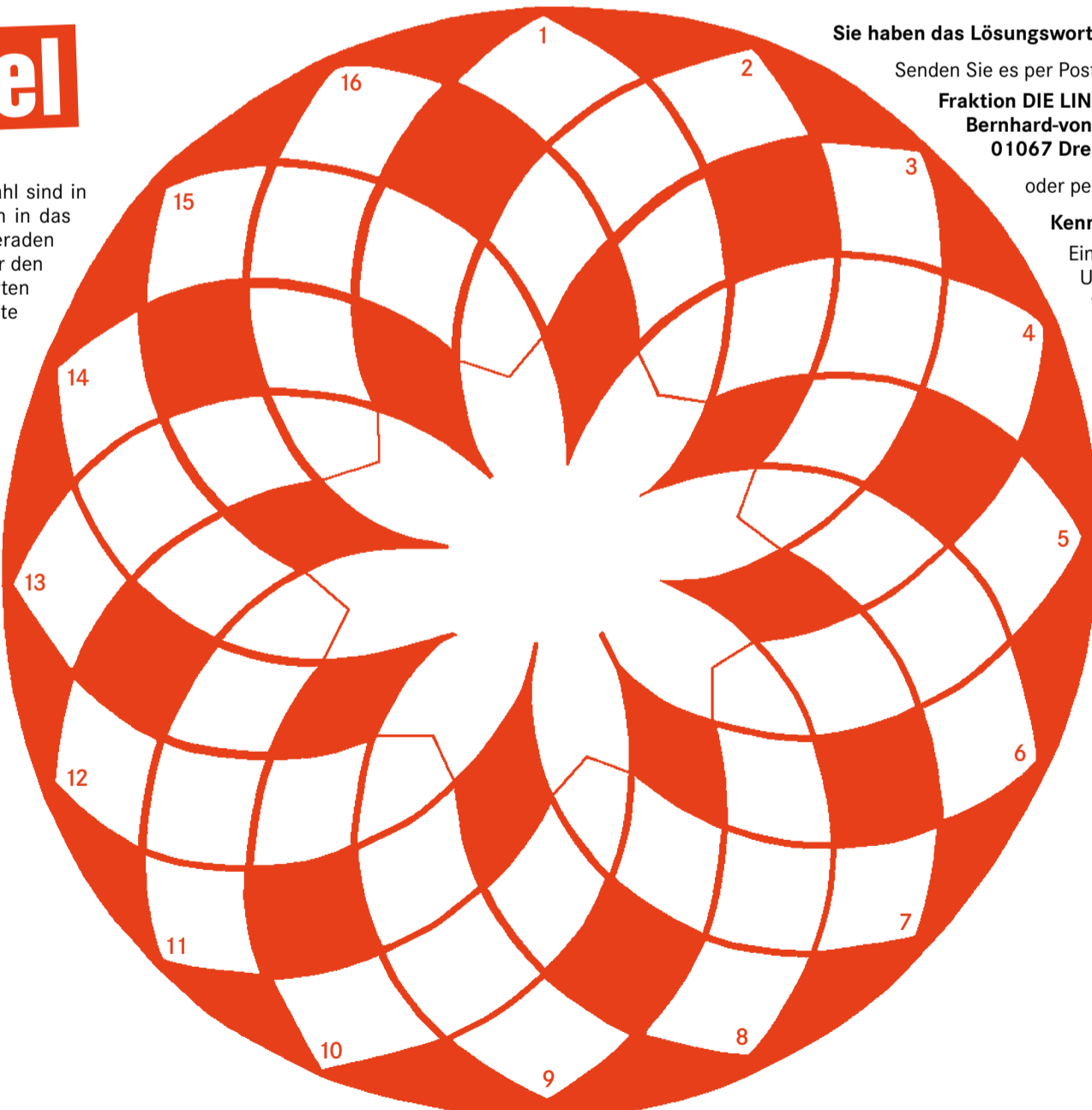
Das Bundesberggesetz erlaubt das, »wenn der Veräußerung Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen«. Angesichts des niedrigen Marktwertes der Sparte hätte auch unser Vorschlag einer Staatsbeteiligung ernsthaft geprüft werden müssen. Wir wollen die Interessen der Bevölkerung wahren. Dazu gehören die ökologischen Lebensgrundlagen sowie die soziale und sorbische Infrastruktur im Revier. Wir sind uns mit dem Gesamtbetriebsrat von Vattenfall einig: Die Beschäftigten brauchen soziale Sicherheit und die Region eine neue Lebensgrundlage. Deshalb fordern wir einen auf Jahrzehnte angelegten Strukturfonds von Bund und Ländern. So soll ein »Masterplan Lausitz« entstehen, der die Region zum Kompetenzzentrum für die Energiewende macht. Freistaat und Bund müssen auch alle Kommunen stützen, denen wegen des Vattenfall-Rückzugs Gewerbesteuerausfälle drohen. Schon heute verdienen hierzulande mehr Menschen ihren Lebensunterhalt durch erneuerbare Energieträger als im Bergbau. Das Ende des Braunkohleabbaus ist in Sicht. Bis dahin bleibt nur wenig Zeit. Allein mit Tourismus und Wolfspopulationen gewinnt das Braunkohlerevier keine Zukunft. Vattenfall ist weg – nun muss der Wandel kommen!



## Preisrätsel

Die gesuchten Begriffe mit ungerader Zahl sind in Uhrzeigerichtung von außen nach innen in das Rätsel einzutragen, Begriffe mit einer geraden Zahl entgegen der Uhrzeigerichtung. Über den zweiten Buchstaben sowie über den vierten und fünften Buchstaben sind je zwei Worte miteinander verbunden.

1. -gesellschaft, die in Sachsen dringend gestärkt werden muss,
2. Wortteil, Lautkomplex, 3. Ziel linker Politik für Sachsen (sozial-ökologischer ...), 4. Briefversand per Computer (engl.), Abk.: Electronic-Mail, 5. umweltfreundliche Energiequelle, mit deren Hilfe die Braunkohleverstromung in Sachsen bis zum Jahr 2040 beendet werden kann, 6. Fluss durch Wien,
7. Lebensabend, der wie die Zeit davor frei von Armut sein muss,
8. Wagenabdeckung, Zeltüberdachung, 9. die gesellschaftliche ..., die angeblich von menschenfeindlichen Einstellungen frei, tatsächlich aber eine Schimäre ist; auch: Kern, Zentrum, 10. Küchengerät oder jemand, der Getränke mischt, 11. emsiges Streben, Arbeitsfreude, Zielstrebigkeit,
12. Los ohne Gewinn, ugs.: Versager, 13. Lohn der Seeleute, 14. weidm.: Maul des Rot-/Schalenwildes, 15. tiefe Zuneigung, leidenschaftl. Hang zu etwas, 16. Fluss durch Rom.



Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

**Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag**  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

oder per E-Mail an: linksfraktion@slt.sachsen.de

**Kennwort: »LiL-Preisrätsel«.**

Einsendeschluss ist der **15. August 2016**. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir unter Ausschuss des Rechtsweges **Büchergutscheine!** Die Gewinne werden zugeschickt, deshalb bitte Absender nicht vergessen. Die Einsender-Adressen werden ausschließlich zur Ermittlung der Gewinner genutzt. Die Finanzierung der Preise erfolgt über Spenden unserer Abgeordneten.

Haben wir Ihr Interesse an LINKER Politik geweckt? Haben Sie Fragen, Kritik, Anregungen? Dann wenden Sie sich gern an die Fraktion (Kontaktaten im Impressum) oder direkt an die 27 Abgeordneten der größten Oppositionsfraktion im Sächsischen Landtag. Oder schauen Sie vorbei auf [www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de).

### Impressum

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

**Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag**  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Vorsitzender: Rico Gebhardt  
Telefon: 0351 493-5800  
Telefax: 0351 493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Druck: Torgau Druck  
Auflage: 1,8 Mio.  
Stand: Mai 2016

### Lösung:

1	3	5	7	9	10	11	12	13	14	15	16
---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----